



Oliver Grundmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Oliver Grundmann MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Herrn Thomas Ringleben-Fricke
Bertramstr. 65
21614 Buxtehude

Berlin
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
☎ (030) 227 75 8 75
📠 (030) 227 76 8 74
✉ oliver.grundmann@bundestag.de

Wahlkreis
Am Hinterdeich 4
21680 Stade
☎ (04141) 69 00 45
📠 (04141) 66 07 38
✉ oliver.grundmann@bundestag.de

Berlin, den 29. Juli 2016

Sehr geehrter Herr Ringleben-Fricke,

vielen Dank für Ihr Schreiben zur Brennelemente-Steuer.

Laut Gesetz ist die Brennelemente-Steuer bis Ende 2016 befristet. Die Brennelemente-Steuer wurde als wesentlicher Teil der staatlichen Gewinnabschöpfung im Zuge der im Herbst 2010 beschlossenen Laufzeitverlängerung eingeführt; u .a. mit der Zielsetzung, die Energiekonzerne an den Folgekosten der Laufzeitverlängerung zu beteiligen.

Aus Erwägungen der Haushaltskonsolidierung wurde diese Steuer vom Deutschen Bundestag (ab 2011) bewusst befristet eingeführt. Die Union hat im Wahlkampf versprochen – und dies auch in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt –, dass es zusätzliche steuerliche Belastungen in dieser Legislaturperiode nicht geben wird. Das bedeutet gleichzeitig auch, dass eine planmäßig auslaufende Steuer nicht fortgeführt werden darf.

Von einem Geschenk für Stromkonzerne zu sprechen, ist in diesem Zusammenhang unzutreffend, weil die 2010 beschlossene Laufzeitverlängerung durch den Beschluss zum Atomausstieg hinfällig geworden ist. Es geht jetzt darum, die Lasten der Energiewende fair zu verteilen. Den Stromkonzernen sind durch eine politische Entscheidung große Teile ihrer Geschäftsgrundlage weggebrochen. Eine Neuausrichtung auf tragfähige Geschäftsmodelle, die helfen unsere ehrgeizigen Klimaziele zu erfüllen und die Energiewende entscheidend voranbringen, sollten wir nicht zusätzlich erschweren. Wenn wir den Bogen überspannen, sind tausende von Arbeitsplätzen in Gefahr. Mit einem Totalausfall wäre wirklich niemanden geholfen.

Ebenso kann ich nicht gelten lassen, dass sich die Stromkonzerne aus der Verantwortung stehlen. Die Folgekosten für den Atommüll übernimmt ein Staatsfonds, der in den nächsten Jahren mit mehr als 23 Mrd. Euro an Rückstellungen und Geldzahlungen der Konzerne befüllt werden soll.

Kurzum: Den breiten Mehrheitswillen, schnellstmöglich aus der Kernenergie auszusteigen, erkennen wir als CDU/CSU ausdrücklich an. Nicht SPD und Grüne haben den Atomausstieg realisiert und den Schalter für die Energiewende umgelegt, sondern eine von einem breiten politischen Willen getragene Koalition aller im Bundestag vertretenen Fraktionen. Wir sollten nun mit aller Kraft dafür arbeiten, dass die Energiewende ein Erfolg wird. Und dazu gehört eben auch, dass man sich von lieb gewonnenen Feinbildern löst und die Stromkonzerne bei deren Umbau unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Grundmann